

# NZZ FOLIO

China und wir / September 2020

## «Ich weiss nicht, auf welcher Seite jemand steht»



© Tom Huber

Der Chinaexperte Ralph Weber über verlorenes Vertrauen, Propagandasprache in der Schweiz und chinesische Freundschaftspreise, auf die man nicht stolz sein soll.

Von Barbara Klingbacher (Interview)

Ralph Weber im Chinazimmer des Europainstituts der Universität Basel.

*Ralph Weber, im Vorgespräch erzählten Sie, dass Sie den Chinesen als «Freund Chinas» galten.*

Ja. Vor einigen Jahren besuchte mich eine Delegation der chinesischen Botschaft hier in Basel und bot mir Unterstützung an, weil ich ein «Freund Chinas» sei.

Wahrscheinlich hatten sie nie etwas von mir gelesen. Ich schrieb dann einen Text für einen Band, den die Botschaft herausgab. Er sollte von Erinnerungen an die Zeit handeln, in der man in China studiert hatte. Auch wenn ich heute viel genauer weiss, was es mit solchen Anfragen auf sich hat, war ich schon damals nicht ganz naiv. Ich

verfasste deshalb einen Text, der so unverfänglich war, dass man ihn fast nicht instrumentalisieren konnte.

*Was meinen Sie mit «instrumentalisieren»?*

In China könnten Zitate aus dem Zusammenhang gerissen werden und auf Plakaten oder im Internet erscheinen. Das ist Teil der Politik: Ausländer dazu zu bringen, nette Sachen über China zu sagen.

*Aus welchem Grund?*

Solche Aussagen von Ausländern wirken gegen innen und gegen aussen. Gegen innen sollen sie den Bürgern Chinas zeigen, wie anerkannt die Führung auf der Weltbühne ist – und damit den Machtanspruch der Kommunistischen Partei untermauern. Gegen aussen soll durch ausländische Fürsprecher das Bild von China ins Positive gedreht werden. Das ist das grosse Ziel. Und die Partei kann so gut wie jede Aussage für sich instrumentalisieren. Aber in meinem Text versuchte ich, es ihnen so schwer wie möglich zu machen.

*Über welche Erinnerung haben Sie geschrieben?*

Wie ich in meiner Wohnung in Peking versehentlich drei Türen kaputt machte. Das wurde dann auch gedruckt. Ich bekam gratis ein Visum für China, das mehrere Jahre gültig war. Das sind so typische Gefälligkeiten, mit denen man Verpflichtungen schaffen will. Genau wie die 2000 Masken, die mir eine Konfuziusvereinigung zu Beginn der Coronakrise zuschicken wollte – solche Organisationen hatten dafür anscheinend Quoten, die sie erfüllen mussten.

*Hatten Sie gezögert, die Anfrage für den Text anzunehmen?*

Es ist eine Gratwanderung. Ich war ja in mehrere Organisationen mit chinesischem Hintergrund involviert, in die internationale Konfuziusvereinigung oder den Exekutivrat der Weltsinologiekonferenz. Weil ich glaube, dass man in Systeme hineingehen muss, um sie zu verstehen. Mittlerweile habe ich gebeten, mich von der Mitgliederliste zu streichen. Das ist schwierig aus menschlicher Sicht. In den Organisationen sind Leute aus China, die ich seit 15 Jahren kenne und von denen ich gesagt hätte, dass ich ihnen vertraue. Heute muss ich zugeben: Ich weiss nicht, auf welcher Seite jemand wirklich steht.

*Sie spielen darauf an, dass es uns Mühe bereitet, alle Formen chinesischer Einflussnahme zu erkennen.*

Ja, weil es nicht zu jeder ein schweizerisches Pendant gibt. Lassen Sie uns erst über die Formen sprechen, die wir kennen. Wenn wir überlegen, wer Einfluss auf ein Land

nehmen kann, denken wir als erstes an Botschaften und Konsulate, die protestieren und intervenieren können, offen wie auch verdeckt. Das macht China: Die Botschaft hat etwa einen mahnenden Brief an den Waadtländer Staatsrat geschrieben, damit dieser Druck auf Gemeinden ausübe, um eine tibetische Flaggenaktion zu verhindern. Oder sie interveniert, wenn an der Zürcher Hochschule der Künste Austauschstudierende einen Film über Strassenproteste in Hongkong zeigen wollen. Als zweites denken wir an Geheimdienste, die ebenfalls viele Länder unterhalten – hier liegt es in der Natur, dass sie im Geheimen agieren. Und dann fallen uns noch zivilgesellschaftliche Akteure ein wie etwa Schweizerclubs im Ausland, die vielleicht auch mal eine Meinung verbreiten. Aber China hat eben noch ein anderes, ein mächtiges Instrument zur Einflussnahme: die sogenannte Einheitsfrontpolitik. Und die können wir nur verstehen, wenn wir Marxismus-Leninismus und Maoismus verstehen.

*Was ist denn die Einheitsfront?*

Die Idee geht auf Lenin zurück und wurde von Stalin weitergetrieben. Mao sah darin eine «Wunderwaffe» der Kommunistischen Partei. Die Einheitsfrontpolitik hat die Funktion, alle, die nicht Mitglied der Partei sind, zu überzeugen, was die Partei mache, sei richtig. Und wenn man sie nicht überzeugen kann, bringt man sie dazu, zum Nutzen der Partei zu handeln, wenn auch aus anderen Gründen. Das heisst: Die Akteure der Einheitsfront agieren verdeckt, sie manipulieren und instrumentalisieren ihr Gegenüber. Die Kommunistische Partei China nutzt die Einheitsfront heute intensiver denn je, im Inland wie im Ausland.

*Wie sehen solche Manipulationen konkret aus?*

Wir können es uns wie eine punktuelle «Unterwanderung» unserer Gesellschaft vorstellen – ein drastisches Wort, aber es ist nicht falsch. Die Einheitsfrontstrategie wird einerseits betrieben von der Abteilung für Einheitsfrontarbeit, der in China Tausende von Leuten und zig Organisationen unterstehen. Andererseits sind weitere Abteilungen von Partei und Staat involviert. Das System frant so stark aus, weil die Partei meist nur Leitlinien setzt, nach denen sympathisierende Chinesen und Nicht-Chinesen handeln sollen. Deshalb betreiben im Ausland unzählige Gruppen, Vereinigungen und Einzelpersonen Einheitsfrontarbeit. Sie bewegen sich in der Zivilgesellschaft, befördern aber eine versteckte politische Agenda.

*Ich verstehe immer noch nicht, wie das funktioniert.*

Es geht darum, Verbindungen zu knüpfen und Freundschaften aufzubauen zu Leuten im Westen, vorzugsweise zu solchen aus den Eliten. Über die Zeit werden Verpflichtungen und Abhängigkeiten geschaffen. Ziel ist es, diese Leute dazu zu

bringen, im Sinne der chinesischen Führung zu sprechen und zu handeln. Das findet auf allen Ebenen statt, in der Zivilgesellschaft, den Medien, den Universitäten, der Wirtschaft und der Politik. Hierzulande sind Schweiz-China-Vereinigungen und Freundschaftsvereine von der Einheitsfront unterwandert. Ihre Mitglieder sind auch in Handelskammern und chinesischen Berufsverbänden organisiert, etwa im Finanzwesen oder der Energietechnologie, oder sie leiten Sprachschulen und Zentren für traditionelle chinesische Medizin. Die beliebten Städtepartnerschaften werden ebenfalls rege für Einheitsfrontarbeit genutzt. Das Problem ist, dass wir im Westen oft glauben, wir hätten es bei solchen Kontakten mit zivilgesellschaftlichen Vertretern zu tun – dabei steckt die Einheitsfront dahinter, und damit die Kommunistische Partei.

*Woher wissen Sie das?*

Wenn man sich auskennt, ist es nicht schwierig, diese Verbindungen zu finden. Ich sehe im Internet nach, welche chinesischen Personen in einem Wirtschaftsverband mitwirken – und vergleiche, was für Funktionen sie auf chinesischer Seite haben. Der Direktor einer Innovationsplattform etwa war gleichzeitig Präsident einer Einheitsfrontorganisation. Oder ich überprüfe, welche chinesischen Institutionen als Partner auftreten: Bei einem Unternehmerforum, von einer Schweizer Beratungsfirma organisiert, war das eine Einheitsfrontorganisation, die ich kannte. Bei einem «Women's Forum» ebenfalls. Hier zeichnete die Organisation als Partner, und zwar mit dem Asia-Connect Zentrum der Hochschule St.Gallen und dem Schweizer Generalkonsulat in Chengdu. Das sind keinesfalls Ausnahmen. Das ist die Regel. Bei den Schweiz-China-Vereinigungen habe ich bisher nur eine einzige gefunden, bei der es keinerlei Verbindung zur Einheitsfront zu geben scheint.

*Was ist denn das Ziel dieser Unterwanderung?*

Man will beeinflussen, wie die Menschen im Ausland über China denken. Es läuft alles auf das eine grosse Ziel hinaus: Chinas Führung will ihr autoritäres Modell salonfähig machen und sich auf der Weltbühne als Alternative zu den USA positionieren. Dafür braucht das Regime Sprachrohre, also ausländische Fürsprecher, die Dinge sagen, die China uns gerne glauben machen würde. Auf dem Internetportal China Global Television Network etwa wird ein Schweizer Chinaexperte mit den Worten zitiert, die Schweiz suche mit ihrem Engagement rund um die Neue Seidenstrasse «Win-win-Situationen» zu schaffen. Der Ausdruck «Win-win-Situationen» ist chinesische Propagandasprache zur Neuen Seidenstrasse. Oder der Verleger einer hiesigen Zeitschrift, der wiederholt das Argument anführt, China habe viel für die Menschenrechte getan, indem es – scheinbar ganz allein – 800 Millionen Menschen aus der Armut geholt habe. Das ist ein chinesisches Standardargument. Dabei geht es nicht nur darum, China gut darzustellen, sondern auch darum, die

Handlungsunfähigkeit Europas zu betonen. Wer in seinen Analysen solches Vokabular benutzt und solche Argumente betont, macht sich zum Sprachrohr Chinas.

*Man übernimmt also die Propaganda Chinas?*

Das passiert oft. Nehmen wir die «Weltwoche», wo der chinesische Botschafter 2019 eine Kolumne bekommen hat: Bei der Einführung schrieb die Zeitschrift, man wolle eine Plattform bieten, um die «chinesische Sicht» darzulegen. Man kann sich fragen, ob beim Entscheid für die Kolumne finanzielle Interessen im Spiel waren, weil Inserate von Schweizer Firmen geschaltet wurden, die sich in chinesischem Besitz befinden – das «Mirador Spa» etwa oder das Technologieunternehmen Saurer. Aber abgesehen davon war die Wortwahl interessant: Die «chinesische Sicht» ist ein Lieblingsausdruck von Staatspräsident Xi Jinping, ebenso wie die Phrase der «community of shared future of mankind», der «Schickalsgemeinschaft der Menschheit», die schon Eingang in Uno-Resolutionen gefunden hat. Andere systematisch von der chinesischen Führung genutzte Ausdrücke sind «Internetsouveränität» oder «Menschenrechte chinesischer Prägung». Aber auch «Einheit» oder «Freundschaft» können Hinweise auf Einflussnahme und Einheitsfrontaktivitäten sein. Der Ausdruck «chinesische Sicht» ist zudem falsch.

*Weshalb?*

Weil der Botschafter nicht die Sicht Chinas vertritt, sondern nur die Sicht der Kommunistischen Partei Chinas. Das wird bei uns oft gleichgesetzt, völlig zu Unrecht. China hat 1,4 Milliarden Einwohner, die Kommunistische Partei nur 90 Millionen Mitglieder. Das ist ein elitärer Club, denn man kann der Partei nicht beitreten, man muss dazu eingeladen werden. «Chinas Sicht» ist nicht die Sicht des Volkes. Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, dass das politische System in China anders funktioniert als in westlichen Ländern, wo der Staat zuoberst steht, es die Gewaltentrennung gibt, und irgendwo darunter die Parteien kommen. In China steht die Partei oberhalb des Staates, sie ist die alles entscheidende Institution. Der Staat ist ein Instrument der Partei, das Personal oft deckungsgleich. Xi Jinping etwa ist Staatsoberhaupt und Parteisekretär. Und seine Funktion als Parteisekretär ist viel wichtiger.

*Wieso lassen sich die Leute im Wesen für die Ziele der Kommunistischen Partei einspannen?*

Es gibt zwei Hebel: wirtschaftliche Anreize, die in Abhängigkeit umschlagen können, und Vanitas. Nehmen wir zuerst die Eitelkeit, die bei sogenannten Chinaverstehern dahintersteckt. Das sind oft Leute, die längere Zeit geschäftliche Beziehungen zu

China hatten und dadurch glauben, sie verstünden das Land. Sie gelten dem Regime als «Freunde», bekommen vermeintlich exklusiven Zugang zu wichtigen Personen – meist solchen direkt aus der Propagandaabteilung oder der Einheitsfront. Es wird diesen Leuten vertraulich gesagt, sie seien eine grosse Ausnahme, weil sie China eben wirklich begriffen. Zur Kür werden sie noch mit einem Freundschaftspreis ausgezeichnet, den sie stolz herumzeigen – obwohl er vielleicht direkt von einer Einheitsfrontorganisation stammt. Ich kenne den Mechanismus, mir ist das teils auch passiert.

*Was denn?*

Auch ich habe eine Phase der China-Romantisierung durchlaufen. Der Anfang in China ist hart, man muss diese schwierige Sprache lernen, alles dauert länger als erwartet. Und wenn man noch gar nicht durchblickt, wie das System funktioniert, sagt jemand, man verstünde mehr als all die anderen – da fühlt man sich schon geschmeichelt. Ich verstehe also die anfängliche Romantisierung. Wenn sie den Rest der Karriere bestimmt und mit 60 Jahren noch besteht, verstehe ich das nicht. Das funktioniert nur über Ignoranz oder Verdrängung.

*Sie haben sogar einen Freundschaftspreis erhalten.*

Ja, ich hatte damals in der Provinz Shandong ein kleines Hilfsprojekt gegründet, um Kindern eine Schulbildung zu ermöglichen. Dafür bekam ich den Preis des «Arbeitskomitees für die Sorge um die nächste Generation». Bei der Verleihung stand mein Name in dieser Millionenstadt auf einem grossen Banner über der Hauptstrasse, und das Fernsehen war vor Ort. Das kostete alles viel mehr, als wir je gespendet hatten. Ich wusste, dass ich instrumentalisiert werde, aber ich hatte ja beste Absichten, und für die Kinder machte das Engagement wirklich einen Unterschied. Aber auch wenn man es gut meint, muss man sich fragen, inwieweit man zum Komplizen werden will – diese Entscheidung ist weder intellektuell noch moralisch einfach.

*Gibt es keinen Weg am Regime vorbei?*

Nein. Wenn man sich mit China einlässt – ob aus wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Interessen, Gutmenschentum, exotischer Faszination –, gibt es keine Möglichkeit, die Einheitsfront und damit die Kommunistische Partei zu vermeiden. Wenn unsere Parlamentarier den Dialog suchen, haben sie sich die Partei eingehandelt. Wenn eine hiesige Universität einen Austausch mit einer chinesischen organisiert, hat sie sich die Partei eingehandelt. Wenn jemand mit China Geschäfte machen will, muss er mit einem chinesischen Gegenüber arbeiten, und selbst wer sich ausschliesslich mit vermeintlichen Privatunternehmen austauscht, handelt sich die Partei ein. Denn in fast jedem chinesischen Unternehmen sitzt ein Parteikomitee, das

richtig viel Macht hat. Es bestimmt in manchen Fällen, wer der CEO ist. Auch westliche Firmen, die in China eine Niederlassung haben, sind direktem Einfluss der Partei ausgesetzt – sie redet mit, und in manchen Belangen wird ihre explizite Zustimmung benötigt. Es ist illusorisch zu glauben, dass sich dem irgendein Unternehmen entziehen kann. Das gilt übrigens ebenso für die Wissenschaft. Und die Situation wird immer schlechter.

*Inwiefern?*

Die chinesischen Universitäten werden viel stärker überwacht als vor sieben, acht Jahren. Die Kolleginnen und Kollegen dort müssen genau überlegen, wen sie einladen. Wer als Ausländer Vorträge hält, wird inzwischen gefilmt. Das wird als technologischer Fortschritt in den Vorlesungssälen verkauft – ist aber, so wurde mir gesagt, eine Vorgabe der Partei. Es gibt in China keine Wissenschaftsfreiheit. Nehmen wir die Fudan-Universität in Schanghai, eine der vier Top-Universitäten des Landes. Sie hat den Ausdruck «wissenschaftliche Freiheit» Anfang dieses Jahres aus ihrer Charta gestrichen und stattdessen «Xi-Jinping-Denken» hineingeschrieben.

*Zur Vorbereitung auf unser Gespräch habe ich das Buch «Die lautlose Eroberung» gelesen, das dieses Jahr erschienen ist. Die Autoren zeigen, wie stark Chinas Führung hochrangige Politiker und Unternehmen im Wesen für ihre Zwecke einspannt.*

Ja, das ist ein gut recherchiertes und wichtiges Buch. Die Schweiz kommt nur am Rande vor, aber wir können davon ausgehen, dass vieles davon auch bei uns passiert. Ich sage es salopp: Wir haben keine Ahnung, wie China uns um die Ohren fliegt. Denn wir haben kein Sensorium mehr dafür. Das ist ein Punkt, den ich zu verbreiten versuche: Bei uns herrscht eine Art Sprachverlust. Wer hier kennt Marxismus-Leninismus noch gut, wer versteht Maoismus? Im Westen glaubt man teils bis heute, wir hätten es in China mit einem System zu tun, das sich wirtschaftlich geöffnet habe und nur politisch noch ein bisschen kommunistisch sei. Es gibt Wirtschaftsvertreter, die mir ins Gesicht sagen, ich solle doch nicht übertreiben, China sei gar nicht mehr kommunistisch. Das liegt teils daran, dass viele Vertreter aus Wirtschaft, Politik oder auch den Medien vor 2012 in China waren, als Xi Jinpings Vorgänger Hu Jintao an der Macht war. Damals schöpfte man tatsächlich Hoffnung, es fänden Reformen statt. Wie sich die Ausrichtung der Partei schon seit der Finanzkrise geändert und wie stark Xi Jinping das Land seither umgestaltet hat, haben oder wollen diese Leute gar nicht mitbekommen. Aber ich muss zugeben: auch an den Universitäten dachten viele so.

*Sie glaubten auch an Reformen?*

Als ich mich mit Demokratieexperimenten in China beschäftigte, ist mir aufgefallen, dass wir lange die falsche Vorstellung hatten, Reform bedeute automatisch eine

Bewegung hin zu mehr Demokratie. Aber aus der Sicht der Kommunistischen Partei kann Reform ebenso bedeuten, das System so zu wandeln, dass man an der Macht bleibt. Die Experimente, die man in China durchführte, waren nicht nur Demokratieexperimente – die übrigens unter Xi Jinping so gut wie verschwunden sind. Die Kommunistische Partei schaute auch in Iran, wie eine Theokratie funktioniert. Sie hat alle politischen Systeme untersucht und genommen, was sie für den Machterhalt brauchen kann. Wir alle waren etwas blauäugig, haben auf die Demokratieseite gehofft.

*Wodurch hat sich Ihre Einschätzung verändert?*

Ich hatte mich schon früher mit der Partei beschäftigt und damit, wie sie philosophische Traditionen instrumentalisiert. Durch die Entwicklungen in den letzten Jahren, etwa Xi Jinpings Aufhebung seiner Amtszeitbegrenzung, war ein Perspektivenwechsel fast unumgänglich. Mir wurde klar: Die Kommunistische Partei wendet die Mechanismen der sozialen Kontrolle, die sie im Inland perfektioniert hat, immer stärker aufs Ausland an. Autoritäre Regime schaffen zum Beispiel oft Grauzonen, so dass sich die Leute zu fragen beginnen, was noch erlaubt sei und was nicht. Darf man Kritik an Regierungsbeamten üben oder für Menschenrechte einstehen? Derartige Fragen stellen sich inzwischen auch Akteure im Ausland. Ein Schweizer Unternehmen mit Handelsinteressen in China überlegt sich zweimal, ob man Entrüstung über das chinesische Verhalten im Südchinesischen Meer oder über die Internierungslager für Uiguren in Xinjiang zum Ausdruck bringe.

*Was mir in der Schweiz auffällt: Noch in den 90ern demonstrierten die Menschen hier für Tibet, und der Dalai Lama war regelmässig zu Gas. Heute ist das nicht mehr so.*

Ja, das ist doch interessant. Was sich seither geändert hat, ist ja eben nicht vorrangig die Politik Chinas. Was sich geändert hat, ist die wirtschaftliche Position Chinas. Aber lassen Sie uns etwas weiter zurückgehen in der Beziehung der beiden Länder. Unsere Regierungsvertreter erwähnen ja gerne, dass die Schweiz die Volksrepublik China bereits 1950 anerkannt habe, ganz so, als wäre das eine grosse Freundschaftsbekundung gewesen. Dabei war die Entscheidung ambivalent.

*Inwiefern?*

Einerseits hat die Schweiz die Praxis, Länder anzuerkennen, wenn Staaten zustande kommen. Das heisst, die Schweiz anerkennt nicht die Regierung und ihre Ideologie, sondern die Staatlichkeit. Genau das ist bei der Volksrepublik China passiert. Die Schweiz wollte aber mit der Anerkennung auch ihre Landsleute in China schützen, Missionare und Geschäftsleute vor allem. In den 1960er Jahren waren die bilateralen

Beziehungen dann auf einem Tiefpunkt, und man hat die frühe Anerkennung in Frage gestellt. Das blenden wir heute alles aus. Aber um auf Ihre Beobachtung zurückzukommen: Nach dem Massaker auf dem Tiananmenplatz in Peking 1989 war China international isoliert. Man reiste nicht hin, und es waren lange wirtschaftliche Sanktionen in Kraft. Nach einer Phase der Öffnung lässt die Partei dann Ende der 1990er Unternehmer als Parteimitglieder zu, und man bereitet sich auf den Beitritt zur Welthandelsorganisation vor. Für die westliche Wirtschaft ist das ein riesengrosses Versprechen. Und ausgerechnet in diese Zeit fällt eine Zäsur in den Beziehungen zwischen der Schweiz und China.

*Sie sprechen vom Bundesrat, der brüskiert wurde.*

Genau. 1999 besucht Jiang Zemin, der damalige chinesische Staatschef, die Schweiz, und am Rand des Bundesplatz rollen Demonstranten Plakate aus, die «Free Tibet» fordern. Jiang Zemin verweigert danach dem Bundesrat den Handschlag, und es fallen die berühmten Worte an Ruth Dreifuss: «Heute haben Sie einen guten Freund verloren.» Das ist wie erwähnt ein aufgeladener Begriff, und ich kann mir nur vorstellen, wie es dem Bundesrat kalt den Rücken runtergelaufen ist: Nach über 100 Jahren öffnet sich China wirtschaftlich, und es sieht so aus, als sei ausgerechnet die Schweiz nicht dabei – wegen ein paar Protestierender.

*Als Xi Jinping die Schweiz 2017 besuchte, bekam er keine Pro-Tibet-Demonstranten zu Gesicht.*

Man hatte den Protest vorausseilend auf den Vormittag vorverschoben und den Bundesplatz weitgehend abgesperrt, weil Xi Jinping eine «gefährdete Person» sei und von «völkerrechtlich grösster Bedeutung». Eine chinafreundliche Kundgebung, also fähnenschwingende chinesische Landsleute, war aber trotzdem möglich. Übrigens werden Teilnehmer solcher Kundgebungen oft über chinesische Studentenvereinigungen aufgeboten, die der Einheitsfront zugerechnet werden können.

*Viele glaubten an «Wandel durch Handel».*

Jemand hat einmal gesagt, nicht China wandle sich durch den Handel, sondern wir. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Westens ist der Hebel Chinas. Diese Abhängigkeit ist einerseits real, zu einem grossen Teil aber noch immer prospektiv. Und das Versprechen des chinesischen Marktes lässt viele Akteure enorm viel Geld ausgeben. «Die lautlose Eroberung», das Buch, über das Sie gesprochen haben, listet interessante Beispiele auf. Zum Beispiel, wie die Grossbanken Söhnen und Töchtern von Parteikadern Jobs verschaffen, für die sie teils gar nicht qualifiziert sind – auch in der Schweiz. Eine Schweizer Grossbank etwa habe über die Jahre mehr als 100 Söhne, Töchter und Freunde hochrangiger Regierungsvertreter eingestellt. Eine dieser

Töchter sei in Zürich als «rüde und unprofessionell» aufgefallen und oft nicht zur Arbeit erschienen. Trotzdem bekam sie einen Lohn von einer Million Dollar im Jahr und wurde mehrfach befördert. Das passiert, weil man so Zugang zum chinesischen Markt bekommt – oder sich das zumindest erhofft.

*Oder man befürchtet, den Zugang zu verlieren.*

Wenn man sich von der Kooperation mit China etwas verspricht, ist das natürlich ein Gut, das man auf keinen Fall hergeben will. Man kennt auch viele Beispiele, in denen die chinesische Führung diese wirtschaftliche Macht ausspielt. Als der Manager eines amerikanischen Basketballclubs sich im vergangenen Jahr auf Twitter mit der Demokratiebewegung Hongkongs solidarisierte, forderte China eine Entschuldigung von der NBA, der National Basketball Association. Man drohte, die Spiele nicht mehr zu zeigen, und dummerweise ist China der zweitgrösste Markt, es ging also um Milliarden. Natürlich entschuldigte sich die NBA. Oder nehmen wir ein Land, das unserem nicht unähnlich ist: Norwegen hat dem chinesischen Regimekritiker Liu Xiaobo den Friedensnobelpreis verliehen und wurde über Jahre abgestraft. China reduzierte den Handel und verhängte ein Embargo für Lachs. An Norwegen sehen wir, wie ein Land praktisch einen Kniefall macht. Nach einigen Jahren Eiszeit wurde ein Normalisierungsvertrag für die Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgesetzt. Im Artikel 3 steht wortwörtlich, dass Norwegen «den chinesischen Kerninteressen eine hohe Wichtigkeit zumisst und keine Handlungen unterstützen wird, welche diese unterminieren». Aber Chinas Führung muss gar nicht immer zu solchen Mitteln greifen. Es reicht, wenn sie in einer kleinen Anzahl von Fällen ein Exempel statuiert. Die Selbstzensur ist bei Unternehmen und Politikern unglaublich effektiv. In der akademischen Welt gibt es sie auch, aber dort ist man auf das Problem sensibilisiert.

*Waren Sie selber damit konfrontiert?*

Mehrfach. Kürzlich schrieb ich in einem Sammelband einen Beitrag über einen bekannten chinesischen Dissidenten. Der Herausgeber bat mich, seinen Namen aus dem Titel zu streichen. Und das war ein hiesiger Verlag, kein chinesischer.

*Haben Sie das getan?*

Nein.

*Letztes Jahr wurde ein Vortrag von Ihnen aus politischen Gründen abgesagt.* <sup>[P]</sup><sub>[SEP]</sub>

Es ging um zwei Vorträge. Auf Einladung der Gesellschaft Schweiz – China hielt ich in Luzern einen öffentlichen Vortrag darüber, inwieweit die chinesische Philosophie die chinesische Weltpolitik erklären könne. Das Publikum erwartete wohl etwas im Sinne von: Laotse sagte, Konfuzius sagte, das ist ja eines meiner Spezialgebiete.

Stattdessen fing ich mit den Worten an, ich müsse das Publikum leider enttäuschen, aber ich glaubte, dass überhaupt kein Zusammenhang bestehe: Niemand würde behaupten, man müsse Platon lesen, um Trump zu verstehen. Genauso sei es in China. Was man verstehen müsse, sei Stalin und Mao – und die Einheitsfront.

*Dinge, über die man in China schweigt.*

Genau. Im Publikum sassen zwei oder drei Vertreter der chinesischen Botschaft. Sie verliessen den Saal vor Ende des Vortrags mit den Worten hao ba. Das kann heissen: Gut, wir gehen. Oder: Genug! Anscheinend hat der chinesische Botschafter am nächsten Tag beim Vorstand der Gesellschaft Schweiz – China angerufen und protestiert. Und weil diese Vereinigung – die sehr prominent mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft besetzt ist – in vieler Art und Weise in Abhängigkeit zu China steht, war klar, dass man die Botschaft lieber nicht noch einmal verärgert. Ich sollte den zweiten Vortrag in Zürich dann nur noch vor dem Vorstand halten.

*Warum legt die chinesische Führung überhaupt so viel Wert auf ihr Image im Wesen?*

Den Grund für all diese Einflussnahmen versteht man am besten, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Probleme die Kommunistische Partei innerhalb von China hat und wie sie diese zu lösen versucht. All diese Probleme sind allerdings erst Probleme, wenn sie den Machtanspruch der Parteigefährden könnten.

*Das grosse Ziel is also, an der Macht zu bleiben*

Dass man inzwischen gelernt hat, sich gleichzeitig zu bereichern, hilft natürlich auch. Das ist gut belegt, etwa durch Recherchen der «New York Times». Die chinesischen Parteichefs sind alle sehr, sehr reich geworden, und auch andere Leute, die nahe an der Macht sind. Vor allem aber ist China vom Handel abhängig, weil man die Bevölkerung nicht mehr selbst ernähren kann und mehr Ressourcen braucht, als man produziert. Ist die Versorgung nicht gewährleistet, gefährdet das den Machtanspruch. Die Führung muss also Öl besorgen und für die Produktion von Nahrungsmitteln nach Afrika ausweichen. Das funktioniert nur in einer internationalen Ordnung, in der man es schafft, die amerikanische Vormachtstellung auszubalancieren. Der ganze Einfluss, all das, was die chinesische Führung an Werten und Bildern suggeriert – das soll uns glauben machen, die Wahl zwischen den USA und China sei eine echte. Und das Regime hat dabei grosse Fortschritte gemacht.

*Gilt China bereits als ebenbürtig?*

Spreche ich über Missstände in China und chinesischen Einfluss, höre ich in der Schweiz oft das Argument, die USA machten das doch auch. Ich nenne das eine Einebnung der ideologischen Differenz. Bei allen Schandtaten, die die USA

verantworten: die ideologische Grunddifferenz zwischen den beiden Ländern ist nicht verschwunden. In den USA haben wir Rechtsstaatlichkeit, auch wenn sie verletzt werden kann. In China nicht. In den USA haben wir Menschenrechte, und wenn die verletzt werden und die Presse das erfährt, gibt es einen Skandal. In China ist das überhaupt nicht so. Aber mit dieser Einebnung, dieser «Normalisierung», wird diese grundlegende Differenz übertüncht. Nehmen wir Angela Merkel, die letztthin sagte, man habe es mit zwei Grossmächten zu tun und müsse schauen, mit welcher man besser fahre – das ist eine ganz andere Situation als während des Kalten Krieges. Da fragte sich niemand, ob er im Handel mit der Sowjetunion wohl besser abschneide als mit den USA. China ist heute für viele Akteure zu einer valablen Option geworden, und das ist angesichts des politischen Systems und der Menschenrechtsverletzungen in China eine erstaunliche Propagandaleistung. Die jüngsten Ereignisse in Hongkong und die vielen schauerlichen Berichte zur Situation der Uiguren gefährden nun aber diesen Erfolg.

*Liess sich die Schweizer Politik bisher zu sark von wirtschaftlichen Interessen leiten?*

Ich bin Wissenschaftler, kein Aktivist. Und ich verstehe, dass es nicht einfach ist. Wir haben ein System, in dem die Wirtschaft grossen Einfluss hat auf die Regierung. Aber für die Bürgerinnen und Bürger ist es nicht immer nachzuvollziehen, warum Entscheidungen so schnell und so einseitig zugunsten der Wirtschaft fallen. Als Akademiker interessieren mich diese Prozesse ja aus einer Aussensicht, weil es interessant ist zu sehen, wie autoritäre Länder in liberalen Demokratien Einfluss gewinnen oder wie sie mit autoritären Elementen innerhalb unserer liberalen Demokratien zusammenspannen. Als Bürger aber denke ich: Wir sind in einer Demokratie, und die Leute sollten wissen, was passiert, und dann entscheiden. Im Moment sehe ich vor allem Ignoranz, Kalkül oder ein Versuch, die Probleme wegzuerklären.

*Was meinen Sie mit «wegklären»?*

In meinen Vorträgen nehme ich als Beispiel gerne den Moment, in dem die Schweiz in Peking ein Memorandum of understanding zur Neuen Seidenstrasse unterschreibt, das die Beteiligung von Schweizer Firmen am Projekt fördern möchte. Das war im April 2019. In diesem Setting wird Bundesrat Ueli Maurer von der Schweizer Presse interviewt, und jemand fragt: Wie ist es denn mit den Menschenrechten in China, ist so eine Absichtserklärung nicht problematisch vor diesem Hintergrund? Maurer antwortet wörtlich, er könne nicht beurteilen, ob sich die Menschenrechtssituation in China stark verschlechtert habe. Ist doch interessant, dass er das nicht weiss, sage ich jeweils in der Vorlesung. Wieso weiss er das nicht? Als Bundesrat bekommt er vor solchen Reisen

ein Dossier der Botschaft, und Menschenrechte sind darin ein Thema. Vielleicht hat er es nicht gelesen? Er hat auch niemanden gefragt. Ich zum Beispiel hätte es ihm gerne erklärt. Aber wen hätte er sonst noch fragen können? Ironischerweise sich selber. In den letzten zwei Jahren hat der Bundesrat wörtlich und schriftlich mehrfach erklärt: «Die Menschenrechtslage in China hat sich verschlechtert.» Hat Herr Maurer offenbar vergessen. Das ist es, was ich meine: Ein Wegwischen der Thematik. Und das ist einfach nicht gut genug für eine Demokratie wie die unsere.

*Was müsste Ihrer Meinung nach denn passieren?*

Zumindest müsste eine seriöse Diskussion stattfinden, bei der wir abwägen zwischen den Werten einer liberalen Demokratie und wirtschaftlichen Motiven. Im Moment scheint es fast, als sei es in Ordnung, nur Handel zu betreiben und sich nicht um die Menschenrechte zu scheren. Aber die Diskussion muss stattfinden: Wann ist denn genug? Wo könnte der Punkt sein, an dem man sagt, jetzt reicht es nicht mehr, nur zu protestieren? Xinjiang ist bezeichnend. Das muss man sich einmal vorstellen: Die chinesische Führung interniert ein bis zwei Millionen Menschen, trennt eine halbe Million Kinder von ihren Eltern, errichtet einen Polizeistaat, in dem wirklich alles überwacht wird. Neuerdings erreichen uns Belege zur Zwangssterilisierung von uigurischen Frauen, zur kommerziellen Verwertung ihrer Haare... Die Liste ist lang. Aber offenbar ist das nicht genug. Was würde passieren, wenn es in Hongkong zu einer Art Tiananmen-Massaker käme? Würde man harte Sanktionen verhängen wie damals? Oder würde man ein paar Tage protestieren, und das war's dann?

*Aussenminister Cassis hat kürzlich in einem Interview ein Umdenken angedeutet.*

Richtig. Aber ich weiss nicht, wie diese Aussagen zu deuten sind. Die Reaktionen auf das Interview haben gezeigt, dass Bundesbern in dieser Frage uneinig ist. Es wird höchst spannend sein zu sehen, wer sich durchsetzt bei der Chinastrategie, die in Ausarbeitung ist. Das Aussendepartement muss ja irgendwie auf die vielen Berichte zu Menschenrechtsverletzungen reagieren, um glaubwürdig zu bleiben. Interessant war aber auch die Reaktion aus China. Der Sprecher des dortigen Aussenministeriums meinte, das chinesische Volk sei wohl am besten imstande, die Menschenrechtslage in China zu beurteilen. Es wird wieder die «chinesische Perspektive» bemüht und das Volk mit der Kommunistischen Partei gleichgesetzt. Ausserdem erinnerte der Sprecher daran, dass ja zum Beispiel die CS von Finanzmarktöffnungen profitiere und die Schweiz die gut funktionierenden bilateralen Beziehungen sicher schätze.

*Kehren wir noch kurz zur Einheitsfront zurück. Wenn ich in der Schweiz Chinesinnen oder Chinesen treffe, einer Wirtschaftsvereinigung beitrete, Sprachkurse besuche, Tai Chi lerne – muss ich sets befürchten, manipuliert zu werden?*

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, das klarzustellen: Einerseits steht in Chinas neuem Nachrichtendienstgesetz im Artikel 7, alle chinesischen Organisationen und Bürger müssten mit dem Geheimdienst zusammenarbeiten. Andererseits sind sehr viele Chinesinnen und Chinesen nicht einverstanden mit dem Regime. Und die Führung instrumentalisiert auch die Exilchinesen. Sie übt Druck aus, weil diese Menschen Verwandte in China haben. Wir wissen aus zahllosen Beispielen, dass gedroht wird, denen könnte etwas passieren. Wenn wir von jeder chinastämmigen Person annehmen, sie gehöre zur Einheitsfront, ist das eine doppelte Viktimisierung.

*Wie können wir mit dieser Ambivalenz umgehen?*

Mir ist bisher nur eine Art Faustregel eingefallen: Wenn man mit einem chinastämmigen Menschen spricht, den man auf der Strasse, im Zug, bei der Arbeit kennenlernt, dann ist ein Generalverdacht fehl am Platz. Weil er zerstörend wirkt für eine pluralistische Demokratie. Hingegen: Wenn wir es mit einer Institution zu tun haben, wenn der Mensch, mit dem ich rede – ob chinastämmig oder nicht –, eine mit dem chinesischen Parteistaat in irgendwelcher Art verbundene Institution vertritt, dann ist Generalverdacht ein Gebot politischer Klugheit. Der Generalverdacht basiert dann nicht auf einer Ethnie, sondern auf der institutionellen Verkörperung, die ein Mensch mit sich trägt. Das ist eine enorm wichtige Unterscheidung, weil man sonst leicht vereinnahmt werden kann von xenophoben Seiten.

*Sie sagten, dieses Interview werde Reaktionen nach sich ziehen.*

Wir werden sehen. Vielleicht wird sich die chinesische Botschaft bei Ihren Vorgesetzten melden und protestieren, man habe ein falsches Bild von China vermittelt und «chinesische Gefühle verletzt». Ich habe mich vor einiger Zeit bewusst entschieden, mit diesen Themen aus der akademischen Welt hinaus stärker an die Öffentlichkeit zu treten. Weil es wichtig ist, die Sachlage zu kennen, wozu ich beitragen möchte, und uns dann als Demokratie zu fragen: Wo ist die rote Linie? Wie verhält man sich klug? Wie gesagt, im Moment gibt es im Umgang mit Chinas Einflussnahme eine ganze Bandbreite von Strategien, die von Ignoranz über Verdrängen bis zu bewusstem wirtschaftlichem Kalkül reicht. Kalkül ist schwer zu beeinflussen, dafür müsste man Anreize anders setzen. Der Ignoranz hingegen kann man ganz einfach durch Information Abhilfe leisten.

*Ich nehme an, Sie gelten inzwischen nicht mehr als «Freund Chinas».*

Nein. Die Kontakte zur chinesischen Botschaft sind abgebrochen, und die Direktorin meines Instituts hat mir nahegelegt, von Reisen nach China derzeit abzusehen. Aus Sicherheitsgründen. Ich würde aber wohl sowieso kein Visum bekommen. Wissen kann ich es freilich nicht. Und genau das ist ein weiteres Beispiel für diese Grauzone,

die wir im Umgang mit der Volksrepublik China haben. Sie beeinflusst, wie wir handeln.

*Barbara Klingbacher is NZZ-Folio-Redaktorin.*

## ZUR PERSON

Ralph Weber, 45, ist Professor für European Global Studies an der Universität Basel. Er studierte Staatswissenschaften an der Universität St.Gallen und doktorierte über gegenwärtige chinesische politische Philosophie. Weber forscht unter anderem zur globalen Einflussnahme und Machtpolitik des chinesischen Parteistaats.

## Kommentar schreiben

Vorname, Nachname: \*

Ort: \*

E-Mail:

Kommentar erfassen: \*

- Keine HTML-Tags erlaubt.
  - Internet- und E-Mail-Adressen werden automatisch umgewandelt.
  - HTML - Zeilenumbrüche und Absätze werden automatisch erzeugt.
- Weitere Informationen über Textformate 

\* gleich Pflichtfeld. Ihre E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht.

---

---